

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIV/31

Bonn, den 13. Februar 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 1a	<u>Sicherung der Demokratie</u>	67

Zu den Beratungen der sozialdemokratischen Führungsgremier.

2 - 3	<u>Ein gewisser Fortschritt...</u>	64
-------	------------------------------------	----

... aber niemand hat das Patentrezept für die Vereinigung Europas

Von Egon C. Heinrich

4	<u>Lebensnah</u>	32
---	------------------	----

Medizinstudenten sollen bei praktischen Ärzten hospitieren
Ein interessantes Experiment in der Schweiz

PRAU UND GESELLSCHAFT bringt heute:

Der soziale Schutz in Frankreich
Von Heinz Joachim

Sicherung der Demokratie

Zu den Beratungen der sozialdemokratischen Führungsgremien

G.M. - Die Führungsgremien der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands haben am Mittwoch und Donnerstag dieser Woche über Maßnahmen zum Schutz der Demokratie beraten und in diesem Zusammenhang einige Vorschläge entwickelt, die für die weitere Entwicklung unseres Staates von größter Bedeutung sind.

Es steht fest - das ergibt sich aus allen in der Konferenz gegebenen Berichten -, daß in der Bundesrepublik Kräfte am Werke sind, denen es bei ihren Demonstrationen nicht mehr nur auf Reformen des Hochschulwesens ankommt, sondern auf eine systematische Störung des Funktionierens unserer demokratischen Staatsordnung.

- * Diesem Treiben muß Einhalt geboten werden, wenn die Verantwortlichen unseres Staates und mit ihnen die überwältigende Mehrheit unseres Volkes sich nicht eines Tages wieder einmal sagen lassen müssen, sie hätten nicht genug Kraft gehabt, um den demokratischen Staat zu erhalten, notwendige Reformen durchzuführen und dem Fortschritt auf allen Ebenen unseres wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens die notwendige freiheitliche Entfaltung zu sichern.

Wir sind überzeugt, daß sich in Zukunft auch jene Kreise zur Erfüllung dieser staatsbürgerlichen Pflicht zur Verfügung stellen werden, die bisher oft genug ein Verhalten an den Tag legten, als handle es sich bei den in manchen Städten provozierten Unruhen lediglich um die unkontrollierten Ausbrüche einiger Heißsporne. Es gibt Beweise dafür, daß sogenannte Aktivgruppen zielbewußt vorgehen und bei ihren Aktionen in erster Linie dort den Hebel ansetzen, wo sie glauben, man bringe ihnen eine gewisse Rücksichtnahme entgegen.

Was man "die Unruhe der jungen Generation" nennt, ist kein spezifisch deutsches Problem. Es gibt kaum noch ein Land, in dem junge Menschen nicht aus irgendwelchen Gründen auf die Straße gehen und demonstrieren. Wo vermeintlich Ruhe herrscht, ist diese nur trügerisch;

das trifft besonders auf Staaten mit einem Diktaturregime zu. Bei uns wird jeder Krawall zum Gegenstand breiter Reportagen gemacht, mit dem Ergebnis, daß die Randalierer ihre Aktionen heute schon mit dem ausgesprochenen Ziel anlegen, im Mittelpunkt einer mit allem Drum und Dran vorbereiteten Fernsehberichterstattung zu stehen...

Diese Hinweise sind jedoch Arabesken am Rande einer Erscheinung, deren Ursachen und Auswirkungen gewissenhaft überprüft werden müssen. Im Gegensatz zur Weimarer Republik, in der die gegen die Demokratie Amoklaufenden politischen Gruppen der Rechts- und Linksradikalen ihr mörderisches Treiben vor dem Hintergrund einer in sich zerstrittenen demokratischen Mitte entwickeln konnten, steht heute die Mehrheit unseres Volkes hinter den demokratischen Parteien. Aber gerade deshalb ergibt sich für diese eine besondere Verpflichtung.

- * Die Strenge des Gesetzes hat überall dort wirksam zu werden, wo
- * das Gesetz verletzt wird. Hierfür sind genügend Handhaben gegeben.
- * Die politische Aufgabe der breiten demokratischen Mitte besteht jedoch darin, gesellschaftliche und wirtschaftliche Ungerechtigkeiten zu beseitigen und jedem Bürger die Gewißheit zu geben, daß er
- * in einem modernen, fortschrittlichen Staat lebt, in dem er zur vollen Entfaltung seiner Persönlichkeit gelangen kann.

Es mag sein, daß man in der Vergangenheit in dieser Beziehung vieles versäumt hat. Trotz steigenden Lebensstandards, trotz bewundernswürdiger Leistungen beim Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg gibt es vielerorts noch muffiges Banausentum, Rückständigkeiten und falsches Pathos, mit dem leider allzu oft die Unebenheiten auch unseres demokratischen Staates überdeckt werden sollen.

Viele junge Menschen haben hierfür ein sehr feines Gefühl; auch jene jungen Menschen, die nicht zu den Revoluzzern mit ungekämmter Haar und ungewaschenem Hals gehören. Es sind jene, die in den Fabriken, in den Büros und in den Geschäften, als Soldaten oder Polizeibeamte, als junge Landwirte und Studenten täglich ihre Pflicht tun. Niemand soll sich täuschen: Auch bei ihnen wird darüber diskutiert, was bei uns reformbedürftig ist, was an Selbstgefälligkeit beiseite geschoben werden muß und wie der demokratische Staat von morgen aussehen soll.

Diese jungen Menschen zu helfen und ihnen zu zeigen, zu welcher großartigen Leistungen eine freiheitliche Gesellschaft fähig ist, muß die Aufgabe der Führung unseres Staates bleiben.

Ein gewisser Fortschritt...

...aber niemand hat das Patentrezept für die Vereinigung Europas

Von Egon C. Heinrich

Die Europäer sind bescheiden geworden. Von Integration und Föderation wird heute kaum noch geredet. Im Zuge eines zehnjährigen Desillusionierungsprozesses ist man von der Integration über die Kooperation jetzt bei der politischen Konsultation angelangt. Unter befreundeten Regierungen finden Konsultationen eigentlich ständig statt; sie bedeuten zunächst keine Einschränkung der nationalen Souveränität, können aber doch zu einer gemeinsamen Haltung in wichtigen Fragen führen.

In diesem Sinne versuchten die Außenminister der Westeuropäischen Union, der die sechs EWG-Länder und Großbritannien angehören, auf ihrer jüngsten Ratstagung in Luxemburg, sich über ein Konsultationsverfahren in außenpolitischen Fragen zu einigen. Der belgische Außenminister Harmel und der italienische Außenminister Nenni hatten entsprechende Vorschläge unterbreitet. Aber selbst über diese primitivste Form der politischen Kooperation kam keine volle Einigung unter den Sieben zustande. Ebenso wie die EWG ist auch die Westeuropäische Union (WEU) von der großen europäischen Frustration erfaßt. Seit Jahren bietet sich das gleiche Bild: Eine Ministerkonferenz nach der anderen endet mehr oder weniger ergebnislos. Das Ergebnis der Ministersitzungen steht meist in keinem Verhältnis zu den vorausgesetzten Hoffnungen und Erwartungen. Enttäuschung muß die logische Folge sein.

Es soll hier nicht der "Schuldige" gesucht werden, warum die Luxemburger Konferenz kein voller Erfolg wurde. Wie nicht anders zu erwarten, hat Paris seine Vorbehalte angemeldet; aber auch Bonn stimmte einem institutionalisierten freiwilligen Konsultationsverfahren nur bedingt zu. Immerhin kann nicht von einem völligen Fehlschlag gesprochen werden. Schließlich waren sich sechs der sieben Partner weitgehend über Konsultationen zu wichtigen außenpolitischen Entscheidungen im Rahmen der WEU einig.

Darin ist sicherlich ein gewisser Fortschritt zu sehen. Die sechs sind offenbar entschlossen, notfalls auch ohne Frankreich das Konsul-

tationsverfahren zu praktizieren. Die erste Probe aufs Exempel bietet die vom britischen Außenminister Stewart vorgeschlagene Konferenz in London über den Nahost-Konflikt. Daß Frankreich gegen die Konsultationen nicht sofort ein Veto einlegte, sondern bis April über seine Teilnahme entscheiden will, deutet darauf hin, daß die französische Regierung nicht isoliert werden möchte.

Es wäre daran zu denken, die freiwilligen Konsultationen nach einer gewissen Zeit obligatorisch zu machen und sie auf die Bereiche der Sicherheits-, Wirtschafts-, Währungs- und Technologiepolitik auszudehnen. Vielleicht könnte dann Europa wenigstens in einigen wesentlichen politischen Fragen mit einer Stimme sprechen, was auch im Sinne der Politik Staatspräsident de Gaulles liegen würde. Die Wirtschaftsintegration der EWG ist jetzt an ihren politischen Grenzen angekommen. Die mit dem Ende der Übergangszeit zu treffenden Entscheidungen sind mehr und mehr politischer Natur. Das gilt insbesondere für die Beitritts- und Assoziierungspolitik sowie besonders auch für die ab 1. Januar 1970 vorgeschriebene gemeinsame Außenhandelspolitik. Ohne gemeinsame außenpolitische Vorstellungen dürften daher auch Fortschritte in der wirtschaftlichen Integration immer schwieriger, wenn nicht sogar unmöglich werden.

Unterdessen hat unter den drei wichtigsten europäischen Institutionen, der EWG, der WEU und dem Europarat eine Art Wettlauf um die Überwindung der Stagnation eingesetzt. Jede dieser Körperschaften will die Basis für weitere Fortschritte darstellen und produziert daher Vorschläge, Pläne und Anregungen am laufenden Band. An und für sich ist ein friedlicher Wettstreit der politischen Ideen und Möglichkeiten durchaus zu begrüßen. Andererseits muß aber vor einem engen institutionellen Egoismus gewarnt werden. Niemand hat das Patentrezept für die politische Einigung Europas. Wenn Fortschritte bei der Vsrwirklichung des schwieriger Werkes zu erzielen sind, dann ist es gleichgültig, in welchem Rahmen sich der Einigungsprozeß vollzieht. Eine Bedingung ist, daß es Schritte in der richtigen Richtung sind.

Lebensnah

Medizinstudenten sollen bei praktischen Ärzten hospitieren

Ein interessantes Experiment in der Schweiz

sp - Der zum Professor für Sozial- und Präventivmedizin an der Universität Basel ernannte Facharzt für innere Medizin und Hauptschularzt des Kantons Basel-Stadt, Dr. med. Günther Ritzel, hat den praktischen Ärzten seines Wirkungsbereichs einen interessanten Vorschlag unterbreitet. Um den Studierenden noch realere Möglichkeiten zu bieten, Probleme der praktischen Medizin kennenzulernen, schlug er vor, einem 1 - 2-tägigen Praktikum pro Student jeweils bei einem praktizierenden Arzt zuzustimmen. Es soll dem Ermessen des Arztes überlassen bleiben, dem Studierenden die Möglichkeit zu geben, ihn während der Sprechstunden dabei sein zu lassen oder zu Hausbesuchen mitzunehmen.

Von beiden Möglichkeiten verspricht sich Professor Ritzel die Chance, dem Kandidaten der Medizin ein erstes Wissen über die Aufgaben des Arztes bei Problemen der Menschenführung in ihrer Vielfalt zu vermitteln. Der Vorschlag geht davon aus, daß innerhalb sonstiger für das Medizinstudium angestrebter Reformen die partielle Ablösung des früheren Lehrfachs Hygiene durch Unterricht in Sozial- und Präventivmedizin die Möglichkeit bietet, daß umwelt- und gesellschaftsbedingte Faktoren die Gesundheit der Patienten heute wesentlich mehr beeinflussen als früher und daß die Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte in der medizinischen Ausbildung bisher zu kurz gekommen ist.

Gerade die modernen Schwerpunkte des Arztberufes - Beziehungen des Menschen zur Arbeitswelt, Technik und Zivilisation, also Einwirkungen der Gesellschaft auf das Befinden des Einzelnen - seien bisher nur am Rande diskutiert worden. Die hier vorhandenen Lücken sollen in der Unterrichtung künftiger Ärzte nach Möglichkeit geschlossen werden. Vorgesehen ist außerdem eine zweisemestrige Vorlesung und der Besuch sozialmedizinischer Institutionen (Rehabilitationszentren etc.) sowie der oben erwähnte Vorschlag, als Begleiter des praktizierenden Arztes Probleme der praktischen Medizin kennenzulernen.